

**28. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 22. November 2014 in Gotha**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 10

Antragsinhalt: Freiberuflichkeit stärken – Patientenversorgung sichern.

Antragsteller: Kreisverband Wartburgkreis, Kreisverband Jena, Kreisverband Erfurt,
Dirk Bergner, Marian Koppe, Thomas Kemmerich, Michael Fichtner

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Für die FDP bleibt die ärztliche Freiberuflichkeit Garant für die Entscheidungsfreiheit und die Qualität der
2 ärztlichen Berufsausübung. Dazu gehört vor allem die ärztliche Therapiefreiheit.

3 Allein die Freiberuflichkeit und Unabhängigkeit der ärztlichen Entscheidung garantieren, dass Patienten ihren
4 Ärzten vertrauen. Nur so können sie sicher sein, dass Ärzte in ihren Handlungsweisen nicht durch ökonomische
5 oder staatliche Zwänge eingeengt, sondern einzig dem Wohle des Patienten verantwortlich sind. Daher lehnen
6 wir die Pläne der Großen Koalition aus Berlin ab, im vorgestellten Referentenentwurf des sog.
7 Versorgungsstrukturgesetzes II die Freiberuflichkeit weiter einzuschränken und planwirtschaftlichen Elementen
8 Vorrang vor nachhaltigen Lösungen zu geben.

9 Insbesondere nachstehende und durch Schwarz-Rot geplante Maßnahmen sind abzulehnen:

10 1. **Zwangstermine in deutschen Arztpraxen:** In Zukunft soll jeder Patient innerhalb von 4 Wochen einen
11 Termin in deutschen Arztpraxen erhalten. Was nach Bürger- und Patientenfreundlichkeit klingt, kommt
12 einer Abschaffung der freien Arztwahl – zunächst bei der Behandlung in dringenden Fällen - von
13 Patienten gleich, die dann zwangsweise einer - womöglich weit entfernten - Arztpraxis zugeteilt werden
14 sollen, wenn die Terminierung in der nahegelegenen gewünschten Arztpraxis nicht gelingt. Hierdurch
15 wird der Informationsvorsprung des vertrauten Arztes ebenso wenig genutzt wie auf die im
16 Vertrauensverhältnis begründete Patientenerwartung bezüglich der Versorgungsqualität Rücksicht
17 genommen;

18 2. **Zwangsaufkauf von Arztpraxen:** In Zukunft sollen die kassenärztlichen Vereinigungen gezwungen
19 werden, Praxen in so genannten überversorgten Gebieten zwangsweise aufzukaufen und zu schließen.
20 Das kommt nahezu einer Enteignung der Praxisinhaber gleich, die ihr Hab und Gut nicht mehr
21 veräußern können, sondern nach Verkehrswert für diese Praxen keine entsprechenden Erlöse erhalten
22 werden. Dies betrifft aber auch die Arbeitskräfte, die in diesen Praxen tätig sind und ihren Arbeitsplatz
23 verlieren und die Patienten, die von dieser angestammten Praxis betreut wurden;

24 3. **Zwangsöffnung der Krankenhäuser:** In Zukunft sollen die Krankenhäuser stärker in die ambulante
25 Versorgung eingebunden werden. Dies geschah bisher in Fällen, in denen von den niedergelassenen
26 Praxen bestimmte Behandlungsmethoden nicht angeboten werden konnten. Dadurch werden dort
27 Ressourcen durch Routinebehandlungen gebunden, die dann zur Sicherstellung wichtiger und für
28 Notfälle benötigter Versorgung zumindest zeitweilig ausfallen. Hierdurch müssten im Krankenhaus die
29 Personalressourcen erheblich aufgestockt werden, was zu einer massiven Kostensteigerung ohne
30 hiermit verbundener Leistungserhöhung oder Effizienz führen wird. Darüber hinaus wird dies dafür
31 sorgen, dass die Wege bis zu einem Facharzt weiter werden für die ländliche Bevölkerung.

32

33 **Begründung:**

34 Im aktuellen Gesundheitssystem ist die Freiberuflichkeit des Arztes durch eine Reihe von Reglementierungen
35 (Arznei- und Heilmittelbudget, Zweitmeinungsverfahren, Rabattverträge) stark eingeschränkt. Hinzu kommen die

36 aktuellen Pläne der Großen Koalition, die die Freiberuflichkeit der Ärzte – und damit die Attraktivität des
37 Arztberufes an sich - massiv gefährden. Die Freiberuflichkeit der ärztlichen Tätigkeit ist ein tragendes Prinzip
38 unserer Gesundheitsversorgung. Nur sie sichert Therapiefreiheit. Sie basiert für die FDP auf einem
39 Wechselwirkungsverhältnis von Freiheit, Vertrauen und Verantwortung. Wir wollen die Selbstverwaltung stärken
40 und die Staatsverwaltung auf ihre Kernaufgaben zurückführen. Politik muss wieder den Ärztinnen und Ärzten
41 vertrauen und Partner bei der Gestaltung der medizinischen Versorgung sein. Vor diesem Grundverständnis wird
42 klar, weshalb sich die FDP weiterhin für die Stärkung der niedergelassenen medizinischen Versorgung einsetzt.
43 Ob es sich um Konzepte zur Sicherung der ambulanten Versorgung, die "Liberale Krankenhausstrategie 2030"
44 gehandelt hat oder um konkrete Initiativen zum Bürokratieabbau. Stets hat die FDP die Interessen der Patienten
45 und das Arbeitsumfeld der Ärzte im Blick behalten und wird dies auch weiter tun.

46 Grundsätzlich braucht es einen Mentalitätswandel in der Politik. Sie darf die Frage "Arzt als Beauftragter der
47 Krankenkassen oder Freiberufler" nicht länger zuungunsten der Freiberuflichkeit beantworten.

48 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79

81 angenommen: mehrheitlich beschlossen